

**Liebe Freunde der Freien Wähler,  
liebe Leserinnen und Leser,**

das Wirtschaftsgeschehen und die große Politik drängen gegenwärtig die Arbeit der Regionalversammlung und ihrer Fraktionen etwas in den Hintergrund. Ein Unterschied ist im Vergleich der Bundespolitik zur Arbeit in den regionalen Gremien allerdings leicht auszumachen. Auch bei unterschiedlichen Standpunkten in der Sache ist der Umgangston in den Sitzungen überwiegend konstruktiv und moderat. Es bringt niemanden etwas, wenn man sich pauschale Verunglimpfungen an den Kopf wirft. Dies schließt selbstverständlich nicht aus, dass Meinungsunterschiede mit allem Nachdruck herausgearbeitet werden. Unsere Wählerinnen und Wähler haben einen Anspruch darauf, die Positionen unserer Regionalfraktion klar zu erkennen.

Ein Beispiel hierfür ist der Öffentliche Personennahverkehr und vor allem seine Finanzierung. Wenn wir kritisch hinterfragen, wird dies häufig so dargestellt, als seien wir Freien Wähler gegen einen leistungsfähigen ÖPNV in der Region. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn in Zeiten leerer öffentlicher Kassen und bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an die kommunale Aufgabenstellung die Kosten ungerecht verteilt sind und erdrosselnd wirken, gefährdet dies eine benutzerfreundliche Weiterentwicklung des ÖPNV. Deshalb werden wir Freie Wähler auf diesem Gebiet unermüdliche Mahner bleiben. Ich verweise dazu auf die nachfolgende Stellungnahme unseres Experten Bernhard Maier.

Mit großer Sorge verfolgen wir auch die Bemühungen der Firma Magna in Markgröningen um einen neuen Standort. Die erkennbare Präferenz der Verwaltung und der übrigen Fraktionen für einen Standort außerhalb der Stadt Markgröningen lässt das Verständnis für die Situation einer Kommune vermissen, die um den Er-

halt eines Traditionsbetriebs mit vielen Arbeitsplätzen kämpft. Auch darauf gehen wir nachfolgend ein.

In solchen existenziellen Fragestellungen ist es unserer Fraktion wichtig, die Situation vor Ort zu kennen. Deshalb waren wir auch bei einem Ortstermin mit den beteiligten Kommunen und der Firma Magna stark vertreten. Sofern Freie Wähler vor Ort mit vergleichbaren Themen konfrontiert sind, stehen unsere Regionalräte gerne als Ansprechpartner zur Verfügung. Unsere Kontaktadressen finden Sie unter [www.freiewaehler.de](http://www.freiewaehler.de)

Für die bevorstehende Urlaubszeit wünschen wir Ihnen gute Erholung mit etwas Abstand zum kommunalen Geschehen.

Ihre Regionalfraktion

Heinz Kälberer, Peter Aichinger, Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer, Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Andreas Hesky, Joachim Hülscher, Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess, Bernhard Maier, Markus Nau, Thomas Sprißler, Norbert Wiedmann

Unendliches Thema Verkehrsfinanzierung:

## **Einnahmezuscheidung und Schienenaußen- strecken**

„Die Regionalzüge im Stuttgarter Verkehrsverbund sind für die Bahn ein veritabler Goldesel. Seit Jahren kassiert das Unternehmen Millionen, weil es der Verband Region Stuttgart hinnimmt, dass der Steuerzahler desto mehr zur Kasse gebeten wird, je mehr Fahrgäste in den Zügen sitzen.“ So die Stuttgarter Zeitung am 31.3. zu der von uns angestoßenen Diskussion um eine gerechtere und kommunalfreundlichere Verkehrsfinanzierung.

Damit beschäftigen wir uns schon seit Jahren. Endlich hat auch die Presse erkannt, dass an der dramatisch steigenden Umlagenbeteiligung an den Kosten des ÖPNV in der Region schon lange etwas nicht mehr stimmt. Sowohl die Bahn als auch die SSB melden das beste Ergebnis seit Jahren; dagegen steigt die Defizitbeteiligung der anderen öffentlichen Träger ins Unermessliche. Der Verband Region



Stuttgart als Träger des einheitlichen Fahrscheins in der Region ist nachdrücklich gefordert, diese Schieflage zu beseitigen.

Immerhin haben wir in der mühseligen Diskussion der letzten Wochen, deren Finanzierungszusammenhänge – die nur von wenigen durchschaut werden – zweierlei erreicht:

Die höhere Umlagenbelastung durch steigende Beförderungs- bzw. Verkehrsnachfrage auf den Schienenaußenstrecken wird sofort beendet.

Die Methode der Verteilung der Fahrgeleinnahmen wird kritisch hinterfragt, und soll künftig durch eine Regelung ersetzt werden, die alle Partner gleichwertig entsprechend ihrem Beförderunganteil berücksichtigt.

Befriedigend ist der status quo aber noch lange nicht. Bei Anwendung einer sachgerechten Verteilungsmethode würde der Verband für seine Verkehre jährlich bis zu 10 Mio Euro mehr erhalten und könnte seine Umlagenzahler, die Kreise und Gemeinden, deutlich entlasten. Die Vergütung der Bahn für die Schienenaußenstrecken ist nach wie vor zu hoch, weil alte Verteilungsfehler zugunsten der Bahn in neuen Verträgen fortgeschrieben werden sollen. Auch hier geht es um einen Betrag von 3–4 Mio Euro jährlich.

Das Spiel um eine gerechte und transparente Verkehrsfinanzierung geht also in die Verlängerung. Wir werden hartnäckig weitere Zahlen erheben und die Ungerechtigkeiten zulasten der Steuerkassen von Stuttgart und den Kreisen hinterfragen. Viele Zuschriften aus der Region und den Kreisen bestätigen uns in dieser Haltung. Auch die Presse hat sich längst dieses Themas in unserem Sinne bemächtigt. Wie schreibt doch die Stuttgarter Zeitung in einem Kommentar: „Der Kurs der Region erweckt eher den Anschein, als wolle man alle vertraglichen Kon-

struktionsfehler der Vergangenheit mit einem eifertigen Handstreich und einem wohl kaum besseren Vertrag vom Tisch wischen. Das Thema ist zu bedeutend, um es mit hektisch gefertigten Hochrechnungen und einem sturen Pochen auf die eigene Entscheidungskompetenz abzufer-tigen.“

Es bleibt noch viel zu tun.

## Sport ist ein wichtiges Aushängeschild der Region Stuttgart

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Sport in der Region Stuttgart ein identitätsstiftender Faktor und ein national und international wahrnehmbares Aushängeschild darstellt. Große Sportveranstaltungen in der Vergangenheit, nicht zuletzt die Fußball-WM 2006, haben dies deutlich gemacht. Um auch künftig solche Großereignisse in die Region zu holen, vor allem aber um das regionale Sportgeschehen stärker ins Bewusstsein zu rücken, fördert der Verband Region Stuttgart die sog. „SportRegion“ mit jährlich 250 000 Euro. Diese Summe gewähr-

leistet die Unterhaltung einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle. Um über die Erfahrungen und Ergebnisse der vergangenen Jahre diskutieren zu können, hat die Regionalfraktion den folgenden **Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 21. April 2010** gestellt.

1. Die Sportregion Stuttgart e.V. berichtet über ihre aktuellen Aktivitäten, dabei möge bitte in „eigene Veranstaltungen“ und „Veranstaltungen, die unterstützt werden“ und sonstige Aktivitäten unterschieden werden, und gibt einen Ausblick auf die geplanten Projekte und Veranstaltungen in den Jahren 2010 bis 2012. Dabei sollen auch die Aktivitäten zur Unterstützung der Kampagne „Olympiasstützpunkt Stuttgart – Team London“ dargestellt werden.
2. Die Sportregion Stuttgart e.V. soll aufzeigen, wie das sportpolitische Profil der Region geschärft werden kann. Dabei wird die Einführung eines „Regionalen Sporttages“ oder einer „Regionalen Sportart des Jahres“ vorgeschlagen. Darauf aufbauend



können dann Überlegungen zur Weiterentwicklung der Zuschussrichtlinien angestellt werden, die sich auf die „Sportart“ oder den „Sporttag“ konzentrieren, um verstärkt Veranstaltungen mit regionaler Strahlkraft zur Identitätssteigerung zu fördern.

3. Die Sportregion Stuttgart entwickelt eine Konzeption, um junge Athletinnen und Athleten, die sich eine Chance auf die Teilnahme an den kommenden Olympischen Spielen ausrechnen dürfen, besser zu unterstützen. Dabei sollen insbesondere Sportlerinnen und Sportler aus Sportarten unterstützt werden, die üblicherweise nicht die große Öffentlichkeitswirksamkeit haben. Basis der Unterstützung soll ein mit Hilfe der Wirtschaft zu gründender Sponsorenpool sein.

#### **Begründung:**

1. Die Sportregion Stuttgart e.V. wird vom Verband Region Stuttgart bis Ende 2012 mit einem Betrag von 250.000 Euro jährlich unterstützt, um damit die Personal- und Sachkosten abzudecken. Dieser Beitrag muss in Zukunft verstärkt dafür verwendet werden, eigene sportliche Veranstaltungen, die regional wirksam sind, zu unterstützen. Dabei ist die Kulturregion als Vorbild zu nehmen. Trotz aller Schwierigkeiten ist es dieser in den vergangenen 16 Jahren seit ihrem Bestehen geglückt, annähernd jährlich eine kulturelle Veranstaltung zu entwerfen und flächendeckend in der Region mit den Kommunen durchzuführen. Dies ist um ein Vielfaches schwerer, als die „regionale Begleitung durch Zuschuss“ einer in einer Stadt durchgeführten Veranstaltung. Durch das Anliegen der Freien Wähler soll jährlich, mindesten jedoch alle zwei Jahre der regionale Gedanke durch einen gemeinsamen „Regiona-

len Sporttag“ oder eine „Regionale Sportart des Jahres“ gefördert und verankert werden.

Diese Profilierung der Sportregion kann dann auch durch die Regio Stuttgart Marketing GmbH deutlicher vermarktet werden. Es ist zu prüfen, ob die touristischen Themen auch in sportliche Themen einfließen können. Es sei an das „Mobilitätsjahr 2011“ erinnert. Es wäre schön, wenn die Sportregion und die Kulturregion (die Wirtschaftsregion macht es ohnehin) dieses Thema in ihren Überlegungen und Aktivitäten verankern könnten. Dies würde die überregionale Aufmerksamkeit für die ganze Region steigern.

2. Die Sportregion hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Veranstaltungen in der Region Stuttgart finanziell unterstützt. Dabei wurden insbesondere kleinere Förderbeträge gewährt. Wir sehen nicht, dass damit die Sportlandschaft in der Region Stuttgart nachhaltig verbessert wird; es gibt teilweise Mitnahmeeffekte. Deshalb muss die Sportregion Stuttgart e.V. ihr Profil schärfen, wobei dies in den verschiedenen Teilräumen der Region Stuttgart sportartenspezifisch differenziert betrachtet werden muss. Insoweit ist die Grundsatzfrage zu diskutieren, ob die Förderung weiterhin relativ breit und mit geringen Förderbeträgen oder konzentriert auf wenige Veranstaltungen mit höheren Beträgen gewährt werden soll. Als Grundlage für weitere Diskussionen sollen von der Sportregion Stuttgart e.V. Ansätze zur konzeptionellen Weiterentwicklung entwickelt werden.
3. Die Olympischen Winterspiele in Vancouver haben gezeigt, welche Begeisterung sportliche Spitzenleistungen und olympische Erfolge hervorrufen können. Getragen von einer starken medialen Präsenz hat sich das

„Public Viewing“ in den Heimatkommunen zahlreicher Medaillengewinnerinnen bzw. -gewinner zu Events mit großer Außenwirkung entwickelt. Die Region Stuttgart verfügt mit ihrem Olympiastützpunkt mit Blick auf die Olympischen Sommerspiele 2012 und danach über exzellente Potenziale. So weist der Londonkader des Olympiastützpunkts Stuttgart 56 Sportlerinnen und Sportler in 12 Sportarten auf. Hinzu kommen drei Behindertensportlerinnen und Sportler in zwei Sportarten.

Dabei handelt es sich zumeist um Sportarten, die weniger medien- und werbewirksam sind und deshalb bei der Sponsorensuche deutlich benachteiligt sind. Wir sehen gerade deshalb die Chance, durch eine Konzeption zur Unterstützung des Olympischen Gedankens mit Hilfe der Wirtschaft diese Athletinnen/Athleten zu fördern. Mit den möglichen Erfolgen und der sich hieraus ergebenden emotionalen Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger besteht die Chance, die regionale Identität zu stärken und ein Wir-Gefühl in der Region zu erzeugen.

Die Fraktion der Freien Wähler ist der Auffassung, dass dies durch die Gründung eines Sponsorenpools unter der Federführung der Sportregion Stuttgart finanziert werden soll. Wir sehen gute Chancen, entsprechende Mittel einzuwerben.

## **Wachstum nur mit starken Städten und Gemeinden**

Die deutschen Städte und Gemeinden stehen vor schwierigen Jahren. Die Finanzmarktkrise erreicht die Kommunen in voller Breite. Gewaltige Verwerfungen in den

Haushalten sind die Folge. Nie standen in der Geschichte der Bundesrepublik die Kommunen vor derartigen Finanzproblemen. Die Handlungsspielräume sind dramatisch eingeschränkt. Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. Die Städte und Gemeinden werden gezwungen, die Leistungen für die Bürger weiter einzuschränken, die Investitionen zurückzufahren und die Verschuldung zu erhöhen.

Angesichts der großen Herausforderungen insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur sind leistungsfähige und starke Städte und Gemeinden aber unverzichtbar. Die Politik muss die Kommunen stärken und ihre Investitionsfähigkeit sichern, nur so können die notwendigen Arbeitsplätze vor Ort gesichert und ausgebaut werden. Ohne starke Städte und Gemeinden wird Deutschland den Wachstumspfad zeitnah nicht wieder erreichen.

Wir brauchen eine Steuerreform und eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die unser System transparenter und weniger bürokratisch gestaltet sowie sicherstellt, dass die öffentlichen Hände hand-

lungsfähig bleiben. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Aufgaben aus den Einnahmen zu finanzieren ohne immer neue Schulden aufnehmen zu müssen.

Es ist zu befürchten, dass in den Beratungen zu einer Finanzreform die Belange der Städte und Gemeinden nicht ausreichend gewichtet werden. Dies zeigen die vor wenigen Tagen verkündeten „Sparbeschlüsse“ der Bundesregierung, die keinerlei Rücksicht auf die Lage der Kommunen erkennen lassen. Deshalb halten wir Freie Wähler es für wichtig, dass sich die „Basis“, nämlich die Städte, Gemeinden, Landkreise und der Verband Region Stuttgart, deutlich artikuliert.

Die Regionalfraktion hat den nachstehend abgedruckten Antrag beim Verband Region Stuttgart eingereicht. Ähnlich lautende Anträge wurden in die Kreistage eingebracht um sicher zu stellen, dass auch deren Sicht Berücksichtigung findet.

#### **Antrag:**

Der VRS richtet eine Regionalkonferenz zum Thema „Finanzsituation der Kommunen“ aus.

#### **Begründung:**

Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU/FDP Bundesregierung ist die Abschaffung der Gewerbesteuer festgeschrieben. Die Gewerbesteuererinnahmen, die dadurch den Kommunen entfallen, sollen durch andere Einnahmen, die den Kommunen zufließen sollen, ersetzt werden. Der Grundgedanke, den Kommunen verlässliche und konjunkturunabhängige Einnahmen zur Verfügung zu stellen, ist prinzipiell zu unterstützen. Die Kommunen leisten gemäß dem Subsidiaritätsprinzip wichtige Dienstleistungen und stellen der Bürgerschaft unmittelbar Angebote zur Verfügung. Die bisher schwerste Finanzkrise gefährdet nicht nur den benötigten Ausbau, sondern sogar die verlässliche Bereitstellung von Infrastruktur und Angeboten. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz oder einen Betreuungsplatz für „unter Dreijährige“ seien beispielhaft genannt.

Gleichwohl ist der mögliche Wegfall der Gewerbesteuer oder die Neustrukturierung mit Substitution durch andere Einnahmen (geänderter Anteil an der Einkommenssteuer, Bürgersteuer und andere Überlegungen) mit hohen Unsicherheiten verbunden. Trotz der lokalen Unterschiede ist die Gewerbesteuer die zentrale Einnahmequelle der Kommunen. Sie stellt eine tragende Säule der kommunalen Finanzhoheit dar. Auch sind Verwerfungen innerhalb der Kommunen zu erwarten.

Der Verband Region Stuttgart ist mit den kommunalen Finanzen unmittelbar und untrennbar verbunden. Auf den Antrag der Freien Wähler zur rechtzeitigen Diskussion der finanziellen Ziele des Verbands Region Stuttgart vom 30. November 2009 wird verwiesen. Die Arbeit des VRS muss auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der die Umlage finanzierenden Kommunen abgestellt sein. Angesichts der Finanzierungsverflechtungen im



ÖPNV mit den Kreisen und der Landeshauptstadt Stuttgart sind auch die Auswirkungen einer möglichen Gewerbesteuerreform auf sie zu bedenken.

Die Freien Wähler sehen die Notwendigkeit der Diskussion und der Bewertung der Ansätze zur Reform der kommunalen Finanzen. Sie beantragen daher die Ausrichtung einer Regionalkonferenz zu diesem wichtigen Thema. Dabei sind die Auswirkungen einer möglichen Gewerbesteuerreform auf die Kommunen, die Kreise und den VRS darzustellen. Die Regionalkonferenz soll als Anhörung verstanden werden, um ein Votum zu erarbeiten. Das Ergebnis ist in der Verbandsversammlung zu beschließen. Die Haltung des VRS zur geplanten und diskutierten Gewerbesteuerreform sollte zum Ausdruck kommen. Sinnvoll wäre es, wenn dieses Votum dann auch in den Kreistagen und in den Gemeinderäten der Städte und Gemeinden beraten und beschlossen würde.

Zur Regionalkonferenz sind Experten, die derzeit die Landesregierung (Finanzministerium) beraten, einzuladen. Dazu gehören insbesondere Vertreter des Instituts für Marktwirtschaft und des Wissenschaftsrats des Finanzministeriums. Eine Zusammenarbeit mit dem Landkreistag, dem Gemeindetag und Städtetag ist anzustreben.

## Markgröningen kämpft um Magna und seine Arbeitsplätze

Ein Tochterunternehmen der Firma Magna mit ca. 700 Beschäftigten ist derzeit in sehr beengter Lage im Innenbereich der Stadt Markgröningen angesiedelt. Stadt und Firma suchen nun auf den Markungen Markgröningen und Schwieberdingen nach einem geeigneten Aussiedlungsstandort. Die in Betracht kommenden Flächen sind bisher im Regionalplan nicht

als Gewerbeflächen ausgewiesen und teilweise von Grünzäsuren oder regionalen Grünzügen überlagert. Die Stadt Markgröningen hat daher eine Teiländerung des Regionalplans beantragt. Dabei sollen mehrere Alternativen geprüft werden. Der bevorzugte Standort liegt ausschließlich auf Markung Markgröningen, soll aber gemeinsam mit den Nachbargemeinden Schwieberdingen und Möglingen realisiert werden.

In der Vorberatung im Planungsausschuss haben vor allem die Grünen verlangt, dass sich die Firma in einen der Gewerbeschwerpunkte „Perfekter Standort“ in Vaihingen (Enz) oder „Eichwald“ in Sachsenheim/Sersheim aussiedeln soll. Bei einem Ortstermin hat die Geschäftsleitung nachhaltig darauf hingewiesen, dass diese Alternativen aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht kommen. Sie hält den von der Stadt vorgeschlagenen Standort für besonders geeignet.

Die Fraktion Freie Wähler hat in der Beratung in der Regionalversammlung folgende Stellungnahme abgegeben:

„Wenn eine Firma von überregionaler Bedeutung – wie das Tochterunternehmen der Firma Magna in Markgröningen – Auslagerungs- oder Verlagerungsüberlegungen anstellt, müssen bei uns und bei der Wirtschaftsregion Stuttgart die Seismographen ausschlagen. Für unsere Fraktion ist klar, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um diese zukunftsicheren Arbeitsplätze in der Region zu

erhalten. Die Firma stellt Produkte her, die in der Automobilbranche völlig unabhängig von der Antriebstechnologie benötigt werden.

Wir gehen davon aus, dass sich Herr Dr. Rogg von der Wirtschaftsregion Stuttgart (WRS) unverzüglich eingeschaltet hat. Wenn nicht, dann muss das unverzüglich geschehen. Es geht nämlich nicht in erster Linie um die reine Lehre der Regionalplanung, sondern um notwendige Wirtschaftsförderung. Dies ist ein hohes Ziel unseres neuen Regionalplans.

Unsere Pflicht als Verband Region Stuttgart ist es, zusammen mit den Kommunen große und gut erreichbare Gewerbestandorte auszuweisen. Die Entscheidung aber, welchen Standort ein Unternehmen nach seinen spezifischen Anforderungen auswählt, treffen wir nicht. Die WRS und wir können hier in einen Dialog eintreten, können Argumente auf den Tisch legen, wir müssen aber auch, wie bei dem Ortstermin in Markgröningen geschehen, hören, was die Geschäftsleitung bewegt. Sie – und nicht wir – sind für den unternehmerischen Erfolg und damit auch für die Arbeitnehmer und ihre Familien verantwortlich.

Nun zum reinen regionalplanerischen Vorgang. Der Änderungswunsch liegt auf dem Tisch und wir müssen eine auf die Gemarkungen Markgröningen und Schwieberdingen begrenzte Güterabwägung vornehmen. Vor Ort ist deutlich ge-



worden, dass es sehr wohl raumordnerisch vertretbare Lösungen geben könnte. Dies muss nun nach den üblichen Kriterien geprüft werden. Für unsere Fraktion sind aber keine Ko-Gesichtspunkte erkennbar. Dies umso mehr, als schon in der Vergangenheit die Standortalternativen Süd und Nord für ein interkommunales Gewerbegebiet im Gespräch waren.

Die Stadt Markgröningen braucht unsere Rückendeckung und zwar rasch. Sie steht vor der Herkulesaufgabe, rd. 6 ha Grundstücksflächen sehr schnell erwerben zu müssen.

Voraussetzung ist auch aus unserer Sicht eine übergemeindliche Realisierung durch die Kommunen Markgröningen, Schwieberdingen und Möglingen. Die Tatsache, dass es sich um Gemeinden mit Eigenentwicklung handelt, kann hier keine Rolle spielen, denn es geht um ein Bestandsunternehmen. Ein Unternehmen das die Stadt prägt, das seine Wurzeln in Markgröningen hat, dort leben viele der Arbeitnehmer, eine Reihe von Zulieferern ist auf Magna ausgerichtet, und beim Freiwerden des Standorts steht wertvolles innerstädtisches Potenzial für Wohnbebauung zur Verfügung. Vor allem Letzteres muss in die planerische Abwägung eingehen.

Unsere Fraktion stimmt der Einleitung des Änderungsverfahrens zu. Wir erwarten eine zügige Umsetzung, mit der wir beweisen können, dass Wirtschaftsförderung ein zentrales Anliegen des Verbands ist.

## Die Begriffe „Freie Wähler“ und „Partei“ schließen sich gegenseitig aus

Wie in der Presse in den letzten Tagen zu lesen war, gründete sich im Februar eine Bundespartei unter dem Namen „Freie Wähler“ und nun auch noch eine Landes-

partei. Wir Freien Wähler in der Region lehnen die Gründung einer Bundespartei mit dem Namen „Freie Wähler“ und die Gründung einer Landesvereinigung dieser Partei in Baden-Württemberg ab. Wir distanzieren uns entschieden davon.

Wir Freien Wähler in Baden-Württemberg sind in den letzten 60 Jahren vor allem erfolgreich, weil wir qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten aufbieten können und weil wir eben keine Partei sind. Wir sind die stärkste kommunale Kraft im Land. Weil wir keine Partei sind, stellen wir für den Wähler eine echte Alternative dar. Weil wir keine Partei sind, finden wir viele Menschen die für uns arbeiten und uns wählen. Dieses politische Alleinstellungsmerkmal geben wir auf, wenn wir uns an einer Partei beteiligen oder zur Partei werden.

240 der 248 Delegierten der diesjährigen Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Freien Wähler stimmten dieser politischen Erklärung zu. Mit diesem Schritt würden die Freien Wähler die kommunalpolitische Kompetenz verlassen und als Partei auf Landes- und Bundesebene mit den Parteien vergleichbar werden.

### Gefahr der Verwirrung

Die Wirkung die dadurch eintreten könnte ist, dass manche Wähler die Freien Wähler den Parteien zuordnen. Diese Gefahr muss man allerdings nicht überbewerten, denn nach der nächsten Landtagswahl dürfte dieser Spuk wieder verschwunden sein. Außerdem glauben wir, dass der Großteil der Wählerschaft sehr wohl unser kommunales Engagement von den egoistischen Bestrebungen einiger weniger Personen, die sich „freie Wähler“ nennen, unterscheiden kann. Eher muss man schon annehmen, dass die Parteien bei künftigen Kommunalwahlen den Versuch machen werden, unsere unabhängige und parteilose Kommunalpolitik zu attackieren.

### Unsere Stimme braucht mehr Gewicht im Land

Die Organisationen der Freien Wähler, insbesondere der Landesverband, müssen aber verstärkt Wert darauf legen, dass deren Positionen in der Landespolitik mehr Gehör finden. Mit dem neugewählten Ministerpräsidenten Mappus sind in diesem Sinne intensive Gespräche zu führen. Es reicht nicht aus, wenn man uns Freie Wähler nur vor Landtagswahlen stärker beachtet. Die gleiche Botschaft geht an die örtlichen und regionalen Strukturen der politischen Parteien. Nicht selten hört man bei Kommunalwahlen, dass die Freien Wähler „die erklärten Gegner“ seien. Das hängt wohl damit zusammen, dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten regelmäßig die deutlich besseren Ergebnisse einfahren. Dies rechtfertigt aber keineswegs den gelegentlich bis an die Grenze der Beleidigung gehenden Ton mancher Parteifunktionäre. Vor kommenden Landtagswahlen sollten wir Freien Wähler unsere Positionen klar herausstellen und abfragen, wie sich die einzelnen Parteien dazu stellen. Gerade im Bereich der Gemeindefinanzen, der Bildung oder der Kinderbetreuung müssen wir darauf achten, dass die Belange der Städte, Gemeinden und Landkreise mehr Beachtung finden.

#### ANSPRECHPARTNER

Alfred Bachofer  
Paul-Gerhardt-Straße 31  
72622 Nürtingen  
Fon (0 70 22) 47 09 09  
Fax (0 70 22) 24 10 69  
Mail A.Bachofer@gmx.net

#### GESTALTUNG

Wager ! Kommunikation GmbH  
In der Halde 20  
72657 Altenriet  
Fon (0 71 27) 9 31 58 07  
Fax (0 71 27) 9 31 58 08  
www.wager.de